



Newsletter

Nr. 2 / Mai 2008

Inhalt

1. Delegiertenversammlung
2. Parolen vom 1. Juni
3. Bericht aus den Kantonen
4. Sessionsbericht
5. Interna

Liebe Grünliberale, liebe Interessierte

Es läuft einiges in unserer Partei und deshalb ist es höchste Zeit für ein paar Portionen Information. Der Vorstand der Grünliberalen Partei Schweiz hat Ort und Termin festgelegt für die lang erwartete Delegiertenversammlung. **Die erste Delegiertenversammlung der glp Schweiz findet am 2. August in Basel statt**, alle Mitglieder und Interessierten sind herzlich eingeladen (siehe Abschnitt 1).

Es stehen Abstimmungen bevor und die Grünliberale Partei Schweiz hat dreimal die Nein-Parole gefasst. Die ausführlichen Begründungen lesen Sie im Abschnitt 2.

Ganz herzlich möchten wir unsere neuesten Kantonalsektionen Graubünden, Basel Stadt und Luzern in der glp Schweiz willkommen heissen. Und wir gratulieren natürlich der Grünliberalen Partei Thurgau für den sensationellen Einzug ins Kantonsparlament: Auf Anhieb zwei Sitze erobert und dies nur knapp drei Monate nach der Gründung! Inzwischen sind die Grünliberalen in neun Kantonen offiziell gegründet (BE, BS, BL, LU, GB, SG, TG, ZG, ZH). Mehr Informationen, auch zum Stand in anderen Kantonen, gibt's im Abschnitt 3.

Die NR-/SR-Fraktion hat ihre zweite Session hinter sich. Den Bericht von NR Thomas Weibel zu den Themen Verbandsbeschwerderecht und AHV-Revision finden Sie im Abschnitt 4. Zu guter Letzt zwei interne Meldungen: Der nationale Vorstand hat ein erstes Mal getagt und die glp Schweiz hat ein neues Sekretariat (Abschnitt 5).

Viel Spass beim Lesen!

Martin Bäumle
Präsident

Jan Flückiger
Parteisekretariat

1. Delegiertenversammlung

Für die mit Spannung erwartete und bereits angekündigte 1. Delegiertenversammlung der Grünliberalen Partei Schweiz sind nun Ort und Datum festgelegt. Wir bitten Sie den folgenden Termin zu reservieren:

Samstag, 2. August 2008 in Basel

Alle bis dahin gegründeten kantonalen Sektionen werden durch ihre Delegierten vertreten sein. Die kantonalen Sektionen wählen die Delegierten sowie die Vorstandsmitglieder demokratisch. Für das genaue Vorgehen für die Wahl der Delegierten wird die glp Schweiz mit den Kantonsvorständen in Kontakt treten.

Selbstverständlich sind aber nicht nur die Delegierten, sondern alle Mitglieder und Interessierten eingeladen, an der Delegiertenversammlung teilzunehmen, einfach ohne Stimmrecht.

Die Einladung und weitere Informationen folgen.

2. Parolen für den 1. Juni

NEIN zur Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»

Die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern soll ein fairer Prozess sein. Eine Integration in die Schweizer Gepflogenheiten und Kenntnisse der örtlichen Landessprache sind zwingende Voraussetzungen. Das Parlament hat klare Vorgaben für Kantone und Gemeinden gemacht und hat damit das bewährte System der Einbürgerungen optimiert.

Rechtsstaat und Demokratie sind zwei voneinander abhängige Eckpfeiler unseres Wertesystems. Das Volk hat bei uns alle wesentlichen Entscheide zu fällen und trotzdem hat jeder – auch ein einbürgerungswilliger Ausländer - in einem Rechtsstaat, der sich in Jahrhunderten entwickelt hat, die Möglichkeit, solche Entscheide von der Justiz überprüfen zu lassen. So muss ein negativer Einbürgerungsentscheid begründet werden und nach einem Rekurs von einer zweiten Instanz überprüft werden können. Nur so ist gewährleistet, dass willkürliche und diskriminierende Entscheide ausgeschlossen werden.

NEIN zur Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»

Die Volksinitiative "Volkssouveränität statt Behördenpropaganda" (sogenannte Maulkorbinitiative) soll die Informationstätigkeit von Bundesrat und Verwaltung bei eidgenössischen Urnengängen auf ein Minimum beschränken. Die Grünliberalen lehnen die Initiative ab, da für sie die Behörden bei Abstimmungen eine Informationspflicht haben, die sie umfassend wahrnehmen müssen.

NEIN zum Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»

Auch den Verfassungsartikel "Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung" (so genannte Gesundheitsverfassung) lehnen die Grünliberalen ab. Zwar sind durchaus positive Elemente in der Vorlage enthalten. Auch die Grünliberalen stehen für die Prinzipien des Wettbewerbs, für Transparenz und für hochstehende Leistungserbringung ein. Der Verfassungsartikel ist aber überflüssig, weil man auch mit der geltenden Rechtsgrundlage eine vernünftige, pragmatische Gesundheitspolitik umsetzen kann, wenn der politische Wille dazu besteht.

Den Pferdefuss sehen die Grünliberalen im letzten Absatz des neuen Verfassungsartikels:

Dass die öffentlichen Beiträge direkt den Krankenkassen und nicht mehr über die Kantone ausbezahlt werden, birgt grosse Risiken. Zwar hält der Verfassungstext nicht explizit fest, ob die öffentliche Hand oder die Krankenkassen die Gelder verteilen werden. In den Materialien und Diskussionen der Vergangenheit wurde diese Rolle jedoch immer den Kassen zugewiesen. Dabei handelt es sich immerhin um Beträge von jährlich etwa acht Milliarden Franken. Dieser monistische Ansatz gibt mit den Geldmitteln den Kassen sehr viel Macht. Die demokratische Legitimation der mit dieser Macht ausgestatteten

Gremien ist sehr beschränkt. Zudem ist es äusserst schwierig zu kontrollieren, ob die Verwendung der Gelder tatsächlich im Sinne der Geldgeber erfolgt.

Ebenfalls nicht explizit im Verfassungstext verankert – aber in der Ratsdebatte eindeutig mitgemeint und in den Materialien nachzulesen - ist die Lockerung des Vertragszwanges zwischen Krankenkassen und Ärzten. Die Grünliberalen befürworten eine differenzierte Lockerung des Vertragszwanges. Sie sehen aber gerade vor dem Hintergrund der Personenfreizügigkeit und der absehbaren Aufhebung des Zulassungsstopps für Ärzte eine zunehmende Machtfülle für die Kassen, welche zu viele Missbrauchsmöglichkeiten beinhaltet.

Die Machtkonzentration wird noch problematischer, weil die Kassen neben der Grundversicherung auch das lukrative Geschäft der Zusatzversicherungen betreiben. Hier besteht die Gefahr, dass sie diese Interessen vermischen, was auf keinen Fall geschehen darf.

3. Bericht aus den Kantonen

glp Kanton Thurgau

Am 6. April fanden im Kanton Thurgau die Kantonsratswahlen statt. In drei Wahlkreisen ist man mit einer eigenen Liste angetreten, in zwei weiteren hatte man Kandidaten auf der Liste der Grünen Partei. Das Ergebnis war sensationell: Nur drei Monate nach der Gründung wurden zwei der Spitzenkandidaten, Robert Meyer (Präsident glp Thurgau und Gemeindegammann in Eschlikon) und Thomas Böhni (Vize-Präsident glp Thurgau) in den Kantonsrat gewählt, an einem dritten Sitz wurde gar noch gekratzt. Der Wähleranteil in Frauenfeld betrug fantastische 5.3% und in Münchwilen 4.2%. Im ganzen Kanton erreichte die glp Thurgau 2.5% Wähleranteil, obwohl man nur in drei von acht Wahlkreisen angetreten war. Eine gemeinsame Fraktion bildet man nun zusammen mit der CVP. (www.tg.grunliberale.ch)

glp Basel-Land

Auf Anhieb vier Sitze im Einwohnerrat. Dies ist die stolze Bilanz der glp Basel-Land bei den Gemeindevahlen von Ende Februar – wir gratulieren! Die Grünliberalen sind in den Gemeinden Allschwil, Binningen, Liestal und Reinach mit insgesamt 23 Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl in den Einwohnerrat angetreten und haben in allen vier Gemeinden auf Anhieb je einen Sitz gewonnen. In Binningen und Reinach wurde ein zweiter Sitz nur knapp verfehlt. Die Gewählten sind Jérôme Mollat, Michel Hopf, Gerhard Schafroth (Präsident glp BL) und Zoë Meyer Stähli. (www.bl.grunliberale.ch)

glp Kanton Graubünden

Eine weitere Erfolgsmeldung kommt aus dem Kanton Graubünden, wo am 3. April die kantonale Sektion der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Partei hat sich offiziell schon im Februar konstituiert und nimmt nun bereits mit acht KandidatInnen an den Stadtratswahlen teil. Unter den Kandidierenden befinden sich auch die beiden Vorstandsmitglieder Josias Gasser, Baustoffhändler und Co-Präsident der Kantonalpartei, und Maurus S. Frei, Forstingenieur. Wir wünschen den Churern viel Kraft im Wahlkampf und viel Erfolg bei den Wahlen am 1. Juni! (www.gr.grunliberale.ch)

glp Kanton Luzern

Kein Aprilscherz, im Gegenteil: Am 1. April wurde die Luzerner Sektion aus der Taufe gehoben, im Beisein von glp Schweiz Präsident Martin Bäumle. Am 14. April wurde die Partei der Öffentlichkeit vorgestellt, vor mehr als hundert Interessierten und im Beisein der Zürcher Ständerätin Verena Diener, die der neu gegründeten Kantonalpartei die Glückwünsche der schweizerischen Partei überbrachte. Der Gründungsvorstand, der die Geschicke der Luzerner Grünliberalen bis zur Generalversammlung im Herbst dieses Jahres leitet, stützt sich neben dem Ex-Calida-Chef Walter Palmers auf eine Palette junger und profilierter Köpfe. (www.lu.grunliberale.ch)

glp Kanton Bern

Am 28. April fand die 1. ordentliche Mitgliederversammlung der Berner Kantonalpartei statt. Vor 130 Anwesenden wurde der Kantonalvorstand unter der Leitung eines fünfköpfigen Präsidiums gewählt. Die Berner Partei, die innerhalb eines halben Jahres bereits 230 Mitglieder gewinnen konnte, strebt als Nächstes die Kommunalwahlen in diesem Herbst an. Die Stadtberner Sektion, welche die meisten Mitglieder zählt, steht kurz vor der Gründung. (www.be.grunliberale.ch)

glp Zug

Ebenfalls die erste Mitgliederversammlung abgehalten hat die glp Zug. Getroffen haben sich die Zuger Grünliberalen mit Nationalrätin Tiana Moser und glp Schweiz Vorstandsmitglied Michael Zeugin am Bahnhof Cham. Gemeinsam ist man mit dem Pferdewagen nach Lindenham gefahren, ein Rückgriff auf eine ältere, beinahe vergessene Technologie. Als Präsident des fünfköpfigen Vorstands wurde der bald 25-jährige Physikstudent Melchior Limacher gewählt. (www.zg.grunliberale.ch)

glp Basel Stadt

Am 26. Februar 2008 fand die Gründungsversammlung der Grünliberalen Basel-Stadt statt. Drei Tage später stellte sich der neugewählte Vorstand der Presse vor. Die glp Basel-Stadt beabsichtigt im Herbst 2008 an den Grossratswahlen teilzunehmen. Ziel ist natürlich der Einzug ins Parlament und damit muss mindestens in einem Wahlbezirk die 5% Marke geknackt werden. Dementsprechend intensiv laufen momentan die Vorbereitungen und die Mitgliederwerbung ist in vollem Gange. (www.bs.grunliberale.ch)

glp St. Gallen

Am 16. März fanden im Kanton St. Gallen Kantonsratswahlen statt. In mehreren Wahlkreisen ist man mit einer eigenen Liste angetreten und Bosco Büeler kandidierte für den Regierungsrat. Die Grünliberalen konnten in der Stadt St. Gallen einen Sitz erringen. Leider verhinderte das Wahlsystem trotz Achtungserfolgen weitere Sitze und bei den Regierungsratswahlen konnten wir erwartungsgemäss nicht reüssieren. Der Wähleranteil betrug zwischen 2.4 % (See-Gaster) und 5.07 % in St. Gallen. Am 28. September werden in der Stadt St. Gallen und in weiteren Gemeinden Wahlen stattfinden und die glp wird dieses Jahr sicher in St. Gallen einen weiteren Wahlkampf bestreiten. (www.sg.grunliberale.ch).

glp Zürich

An der Mitgliederversammlung vom 15. Mai feiern die Grünliberalen im Kanton Zürich ihren vierten Geburtstag. Nach zwei intensiven Wahljahren werden die notwendigen, offiziellen Traktanden kurz gehalten und es steht vor allem der gemütliche Teil mit den direkten politischen Gesprächen im Vordergrund. Martin Bäumle und Thomas Weibel werden als Co-Präsidenten zurücktreten. Martin Bäumle wird sich von nun an, nebst seinem Nationalratsmandat, dem Aufbau der nationalen Partei widmen. Die Zürcher Partei hat Martin Bäumle sehr vieles zu verdanken, doch es ist der logische Schritt in der jungen Erfolgsgeschichte der Grünliberalen Partei, dass Martin Bäumle sich nun darauf konzentriert, den Erfolg der glp in die ganze Schweiz zu tragen. An dieser Stelle wollen wir Thomas Weibel und Martin Bäumle ganz herzlich für ihren grossen Einsatz in der Zürcher glp danken und Ihnen bei ihren neuen Aufgaben im Nationalrat bzw. im glp Schweiz Präsidium das Beste wünschen. Als (nicht ganz so) neues Präsidium werden die bisherige Co-Präsidentin Tiana Moser und Kantonsrats-Fraktionspräsident Thomas Maier nun das Ruder übernehmen. (www.zh.grunliberale.ch)

Weitere Kantone

Im Kanton Aargau wird die Bildung einer Kerngruppe aktiv vorangetrieben und in den Kantonen Schwyz, Solothurn und Freiburg werden bestehende Kontakte vertieft. Alle anderen Kantone müssen sich leider noch ein wenig gedulden, da es einerseits noch nicht überall genügend Interessenten hat und andererseits besitzt die Schweizer Partei auch keine unbegrenzten (Coaching-)Ressourcen.

4. Sessionsbericht

von Nationalrat Thomas Weibel, NR

In der vergangenen Session waren aus meiner Sicht zwei Geschäfte von besonderer Bedeutung:

Verbandsbeschwerderecht:

Wie nicht anders zu erwarten war, wurde die Initiative der Zürcher FDP im Rat extrem kontrovers diskutiert. Für uns Grünliberale war klar, dass die Initiative auf keinen Fall unterstützt werden durfte. Diese Haltung steht im Einklang mit den Leitlinien der Schweizer glp, welche das Verbandsbeschwerderecht als pragmatischen und wirksamen Ansatz zur Durchsetzung des Umweltrechtes bezeichnet. Deshalb waren auch wir aktiv bestrebt, innerhalb und ausserhalb der CEG-Fraktion Befürworter der Initiative von unserer Haltung zu überzeugen, beziehungsweise sie zumindest zur Stimmenthaltung zu bewegen. Es liegt in der Natur der Ratsorganisation, dass wir uns nach gewonnener Abstimmung zur Sache nicht auf dem Erfolg ausruhen durften. Waren doch einige rechtsbürgerliche Exponenten durch eine AUNS-Pressekonferenz an der Teilnahme verhindert. Entscheidend ist letztlich die Schlussabstimmung am Ende der Session. Also mussten unsichere Vertreterinnen und Vertreter bei der Stange behalten oder neu für unsere Sache gewonnen werden. Auch die Schlussabstimmung endete aus unserer Sicht positiv. Der Einsatz hat sich also gelohnt.

11. AHV-Revision

Der zu beratende Revisionsvorschlag beinhaltet zwei polarisierende Anliegen: Einerseits soll das Rentenalter der Frauen auf 65 erhöht und damit mit demjenigen der Männer gleichgesetzt werden, wodurch jährlich etwa 620 Millionen Franken eingespart werden. Dies wird von der rechten Ratsseite angestrebt. Andererseits soll die Renteneinbusse bei Frühpensio- nierung für Leute mit kleinem bis mittlerem Einkommen reduziert werden, was je nach konkretem Antrag zusätzlichen Ausgaben von bis zu 800 Millionen Franken entspricht. Dies wird von der linken Ratsseite angestrebt. Wir sind überzeugt, dass in einer Volksabstimmung das höhere Frauenrentenalter ohne Flexibilisierung des Rentenalters ebenso wenig mehrheitsfähig ist, wie in der entsprechenden Abstimmung im Jahre 2004. Um eine Brücke zwischen den beiden Lagern zu bauen habe ich den Antrag gestellt, die gesamten Einsparungen von 800 Millionen Franken zur Hälfte für eine Flexibilisierungslösung einzusetzen. Die Revision würde also 400 Millionen Einsparungen realisieren. Dies war der Antrag, welcher am knappsten unterlag. Wir sind zuversichtlich, dass der Ständerat unseren pragmatischen Kompromissantrag weiterverfolgen wird.

5. Interna

Der Vorstand der Grünliberalen Partei Schweiz hat sich im Februar in Zürich erstmals zu einer Vorstandssitzung eingefunden. Dort hat man vor allem auch über die zukünftige Organisation der schnell wachsenden nationalen Partei gesprochen und sich auf den Termin zur Delegiertenversammlung geeinigt (siehe oben). Daneben wurde der Entscheid getroffen zur Entlastung von Jürg Gösken eine neue nationale Sekretariatsstelle mit einem 40%-Pensum zu schaffen. Mit diesem Newsletter tritt Jan Flückiger (30, Medienwissenschaftler), der auch im Präsidium der glp Bern mitwirkt, die Stelle als neuer Parteisekretär der glp Schweiz an.

Jürg Gösken, der sich nun wieder voll dem Parteisekretariat der glp Zürich widmet, möchten wir für seinen grossen Einsatz und das interimistische Führen des nationalen Parteisekretariats ganz herzlich danken!

Das Parteisekretariat wird entsprechend in diesen Tagen nach Bern umziehen. Bereits dürfen wir Ihnen unsere neue Postanschrift bekannt geben:

Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7